



Uster, 4. April 2024
Nr. 563/2024
V4.04.71

Parlamentarische Initiative 563/2024 von Daniel Schnyder (SVP), Marc Thalmann (FDP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Paul Stopper (BPU):

«Teuerungsausgleich – mehr Mitspracherecht durch den Gemeinderat»

Der Gemeinderat wird beauftragt, es sei zu beschliessen:

1. § 43 der Personalverordnung der Stadt Uster (PVO) wird wie folgt geändert:

Die Anstellungsbehörde übernimmt den Entscheid des Regierungsrates über die generellen Besoldungsanpassungen, **sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst**. ~~Will die Anstellungsbehörde von der Besoldungsquote des Regierungsrates abweichen, indem sie eine höhere oder tiefere Quote festlegen will, ist darüber ein Beschluss des Gemeinderates notwendig.~~

2. § 7 der Personalverordnung der Sekundarschulgemeinde Uster (PVO SSU) wird wie folgt geändert:

Über den Teuerungsausgleich, generelle Realloohnerhöhungen, strukturell bedingte Neueinstufungen sowie generelle Lohnreduktionen entscheidet die Schulpflege, **sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst**.

Begründung

Nach der Sitzung vom 12. Dezember 2022, in welcher der Gemeinderat Uster beschlossen hatte, den Teuerungsausgleich für die kommunal Angestellten von 3,5 % auf 2,5 % zu senken, entstand eine Diskussion um die Zuständigkeiten und Befugnisse im Kontext des Teuerungsausgleichs. Der darauffolgende Rekurs beim Bezirksrat Uster, der zugunsten der Angestellten entschieden wurde, verdeutlichte die Notwendigkeit, die Rolle des Gemeinderats in solchen finanziellen Entscheidungen zu präzisieren.

Mit dieser Parlamentarischen Initiative soll der Gemeinderat ein klar definiertes Mitspracherecht beim Teuerungsausgleich erhalten. Ziel ist es, zukünftige Entscheidungen transparenter und auf einer demokratisch soliden Basis zu fassen. Dabei geht es nicht darum, vergangene Entscheidun-



gen in Frage zu stellen, sondern vielmehr darum, die Prozesse zu verbessern. Der Teuerungsausgleich soll auf der Gemeindeebene und damit möglichst nah an den Betroffenen diskutiert werden können.

Durch die Einräumung eines Mitspracherechts des Gemeinderats bei solchen wesentlichen Entscheidungen können wir sicherstellen, dass die Gegebenheiten vor Ort und alle Beteiligten angemessen berücksichtigt werden und dass die Entscheidungen im besten Interesse der Stadt und ihrer Mitarbeiter getroffen werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Verfahrensweisen zu optimieren und den Gemeinderat mit in die Verantwortung zu nehmen.

Uster, 4. April 2024

Daniel Schnyder (SVP),

Marc Thalmann (FDP)

Ursula Räuftlin (Grünliberale)

Paul Stopper (BPU)